

Online-Seminar

20.10.2025

Unterstützungsnetzwerke für rechtsextreme Gefangene – Ein Blick auf Vergangenheit und Gegenwart

Referent

Achim Bröhenhorst arbeitet im niedersächsischen Justizministerium/Landes-Demokratiezentrum im Bereich Rechtsextremismusprävention und politische Bildung

Moderation

Dr. Henrike Voigtländer, Leitung Lernort Keibelstraße

Veranstalter

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V. (Lernort Keibelstraße) und Polizeihistorisches Institut der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Autor

Julian Koch, Lernort Keibelstraße

In den Online-Seminaren des Lernorts Keibelstraße werden verschiedene Aspekte, die im Zusammenhang mit dem Thema „Haft in der DDR“ stehen, von Expert*innen präsentiert und mit Teilnehmenden diskutiert. In diesem Kontext steht die Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Polizeihistorischen Institut der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg unter dem Titel **Rechtsextremismus hinter Gittern – Geschichte, Gegenwart und Gefahrenpotenzial**. Zur Veranstaltung am 20.10.2025 referierte Achim Bröhenhorst über Unterstützungsnetzwerke für rechtsextreme Gefangene, wobei vergangene und aktuelle Entwicklungen beleuchtet wurden. Die Veranstaltung gliederte sich in einen inhaltlichen Input durch den Referenten und eine anschließende Diskussion mit den Teilnehmenden.

Einleitend präsentierte der Referent die Definition von Rechtsextremismus, die seinem Vortrag zugrunde liegt. Er zitierte dabei den Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke, nach dem Rechtsextremismus ein Sammelbegriff für Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen ist, die von einer „rassisch“ begründeten Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnen. Inhärent ist außerdem der gezielte Kampf gegen die pluralistische Demokratie.

Anschließend beschrieb Bröhenhorst die Selbstwahrnehmung rechtsextremer Gefangener. Diese sehen sich als Teil einer Bewegung, die sie anderen Gruppen überlegen wähnen. Nach ihrer Wahrnehmung wird die Gruppe permanent von außen und innen von ihren Feinden bedroht, wodurch auch schwerste Verbrechen als Verteidigung der eigenen Gruppe umgedeutet werden können. Als Feinde gelten hierbei alle politischen und sozialen Gruppen, die von der rechtsextremen Ideologie abweichen, beispielsweise Immigrant*innen, Jüdinnen und Juden sowie Homosexuelle. Ihre Taten betrachten sie somit als politisches Handeln in



einem ständigen Kampf gegen das System. Es ist dieses Selbstverständnis, das rechtsextreme Gewalt von anderen Gewaltformen unterscheidet. Sie wirkt nicht gegen Individuen, sondern auch gegen einzelne (betroffene) Gruppen oder die gesamte Gesellschaft. Der Referent betonte, dass sie meist nur in spektakulären Fällen öffentlich wahrgenommen werde, es aber eine Kontinuität alltäglicher rechtsextremer Gewalt auch abseits gesellschaftlicher Wahrnehmung gebe. Anhand eines Textes aus einer rechtsextremen CD zeigte der Referent zudem auf, dass die Selbstwahrnehmung der Täter*innen auch von den nicht inhaftierten Teilen der Szene geteilt werde.

Im Anschluss stellte der Referent in einem Rückblick die verschiedenen Gefangenenhilfsorganisationen der rechtsextremen Szene vor. Die 1951 gegründete „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“ war eine Organisation zur finanziellen und ideellen Unterstützung durch und für Angehörige der SS, SA und Wehrmacht. Die Organisation, bis in die 1990er Jahre ein gemeinnütziger Verein, besteht bis heute, ist allerdings seit einigen Jahrzehnten bedeutungslos. Von ihrer Gründung 1979 bis zum Verbot 2011 war die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) die wichtigste Struktur zur Gefangenenunterstützung innerhalb der rechtsextremen Szene, auch wenn es sich bei ihr um keine Massenorganisation handelte. Sie vertrat prominente Rechtsextremist*innen innerhalb Deutschlands und im Ausland. Zentrales Kommunikationsmittel war ein monatlich erscheinendes Heft, in dem Briefkontakte vermittelt, Tipps für den Haftalltag gegeben und rechte Inhalte verbreitet wurden. Die selbsterklärte Aufgabe war es, die „politisch Verfolgten der Demokratie“ (Eigenbeschreibung) zu unterstützen. Auch hier zeigte sich der Abwehrkampf als bestimmendes Motiv. Das „Deutsche Rechtsbüro“ wurde 1992 gegründet und ist bis heute aktiv, auch wenn es nach dem Tod eines prominenten Mitglieds deutlich an Relevanz verlor. Es handelt sich dabei um einen Zusammenschluss von Rechtsanwält*innen, dessen Ziel es ist, Rechtsextremist*innen juristisch zu unterstützen. Der „JVA Report“ war ein von 2006 bis 2010 erscheinender Rundbrief, der ebenfalls dem Spektrum der rechtsextremen Gefangenenhilfe zuzuordnen ist. Er wurde von einem wegen eines Tötungsdelikts inhaftierten Rechtsextremisten veröffentlicht. Zuletzt führte der Referent noch die 2012 gegründete „Aryan Defence Jail Crew“ an. Erwähnenswert hier war, dass das Netzwerk bei einer Überprüfung durch die Polizei und Justiz nicht als rechtsextrem auffiel und erst spätere Recherchen eines Journalisten die Aufmerksamkeit der Behörden auf sie lenkten.

Im Anschluss an den Rückblick wandte sich Achim Bröhenhorst den aktuellen Netzwerken der Gefangenenunterstützung zu. Mit „Artikel5.info“ nannte er zunächst eine Organisation, die sich der Herstellung von Briefkontakt zu rechtsextremen Gefangenen und deren öffentlichkeitswirksamer Unterstützung verschrieben hat. Ihr Name ist ein Verweis auf Artikel 5 des Grundgesetzes, welcher die Meinungs- und Pressefreiheit beinhaltet. Kurz nach dem Verbot der HNG als bedeutendster Akteurin gründete sich 2012 die „GefangenenHilfe.info“. Website und Postfach der Organisation sind in Schweden gemeldet, was in Kombination mit dem Gründungszeitpunkt nahelegt, dass es sich möglicherweise um eine Nachfolgeorganisation der HNG handelt. Inhaltlich versucht sie, die Arbeit der HNG aufzunehmen, geht dabei aber klandestiner vor. Darüber hinaus gibt es kleinere lokale Zusammenhänge und Gruppen der Gefangenenunterstützung. Festzuhalten ist, dass die Strukturen weiterhin funktionieren und die Akteur*innen miteinander kooperieren.



Die zentralen Zielsetzungen der Organisationen beinhalten die finanzielle und psychische Unterstützung von inhaftierten Rechtsextremist*innen. Ebenso soll es zu einer Bestärkung der Ideologie kommen, wodurch die Täter*innen auch in der Haft in die Bewegung eingebettet werden. Neben der Unterstützung der Angehörigen stehen sowohl die juristische Beratung als auch die Öffentlichkeitsarbeit im Fokus der Organisationen. Der Referent verdeutlichte, dass nicht nachweisbar sei, welche dieser Aufgaben tatsächlich und in welchem Maße abgedeckt werden. Öffentlichkeitswirksame Beispiele sind Briefaktionen zu Weihnachten oder veröffentlichte Rechtsratgeber.

Im Anschluss ging der Referent auf praktische Herausforderungen bei der Arbeit mit Rechtsextremist*innen im Strafvollzug ein. Er appellierte, im Umgang mit diesen auf Auffälligkeiten wie einschlägige Literatur, Musik, Begriffe, Symboliken und Kleidung zu achten. Zudem sei die Zeit der Resozialisierung nach der Haft entscheidend. Wohnung und Arbeitsplatz werden häufig von anderen Rechtsextremist*innen vermittelt, um die Anbindung an die Szene nach der Entlassung wiederherzustellen. Es ist daher angezeigt, solche Vorgänge genau zu beobachten und gegebenenfalls Alternativen vorzuschlagen, um eine Distanzierung von der Szene oder gar einen Ausstieg zu unterstützen.

Abschließend wies Bröhenhorst darauf hin, dass sich die Gefangenen durch die Unterstützung der Hilfsorganisationen weiterhin als Teil der Bewegung fühlen sollten. Es sei eingepreist, dass Personen für ihre politische Überzeugung ins Gefängnis gehen. Wenn sie in diesen Fällen die Zusammenarbeit mit dem Staat ablehnen, folgt die Unterstützung durch die vorgestellten Netzwerke. Staat und Zivilgesellschaft können darauf reagieren, indem sie rechtsextreme Ideologie als solche entschlüsseln, als schädlich erkennen und gegen sie vorgehen.

Diskussion

Der Diskussionsteil begann mit einer Nachfrage zu den Voraussetzungen für die Gefangenenunterstützung. Der Referent führte aus, dass bei der HNG eine politische Motivation der Straftat habe vorliegen müssen. Für die aktuellen Organisationen sei dies nicht genau nachzuvollziehen, es handele sich seiner Einschätzung nach aber meist um „klassische“ rechtsextremistische Delikte. Anschließend wurde nach der Bedeutung von Gefängnissen als Sozialisationsort für Rechtsextreme gefragt und ob dem Referenten Quellen dafür außer rechtsextremistischen Szeneinterna vorlägen. Dieser antwortete, dass auch er Informationen dazu nur aus Szeneinterna und antifaschistischen Recherchen kenne und öffentliche Stellen dazu keine Informationen veröffentlichten. Gegenstand der nächsten Frage waren die Geschlechterverhältnisse innerhalb der Gefangenenhilfsorganisationen: Lassen sich dort aktive Frauen in das stereotype Bild der Frauen, die draußen auf ihre inhaftierten Männer warteten, einordnen? Der Referent entgegnete, dass dieses Bild teilweise nach außen verbreitet werde und beispielsweise Aktionen wie Briefeschreiben an Gefangene eher weiblich konnotiert seien. Doch auch Männer seien in der Gefangenenunterstützung sehr aktiv und insbesondere in der Außendarstellung dominanter, wohingegen Frauen eher Care-Aufgaben übernehmen würden. Auf die Nachfrage nach Handlungsspielräumen für Gefängnispersonal führte der Referent zunächst aus, dass rechtsextremen Häftlingen die gleichen Rechte zustehen wie anderen Häftlingen. Es sei aber möglich, offen rechtsextreme Kleidung und Symboliken zu limitieren. Darüber hinaus könnten die Anstalten Personen an Ausstiegsprogramme vermitteln, wenn diese den Eindruck vermittelten, daran interessiert zu sein. Generell sei es am wichtigsten, die



AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

LERN
ORT
**Keibel
straße**

GEFÖRDERT DURCH

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie

BERLIN



Präsenz von Rechtsextremist*innen anzuerkennen und diese aufmerksam zu beobachten, um zu verhindern, dass sie weitere Häftlinge agitieren. Abschließend wurden die Auswirkungen der Wendezeit auf die Gefangenenunterstützung thematisiert, die den Schwerpunkt des deutschen Rechtsextremismus in die neuen Bundesländer verlagerte. Der Referent betonte, dass dies eine Herausforderung für die Organisationen dargestellt habe da diese auf einmal deutlich mehr Häftlinge zu betreuen hatten. Aus Szenepublikationen sei ersichtlich, dass die rechtsextremen Szenen in Ost und West auch schon vor der Wende voneinander wussten und begrenzt im Austausch standen. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung damit stehe jedoch noch aus. Für eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Thema der Gefangenenunterstützung empfahl er das von Andrea Röpke und Oliver Schröm veröffentlichte Buch „Stille Hilfe für braune Kameraden: das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis“.